

Bildung ist keine Ware!

Die hessische Landesregierung plant die Einführung von Studiengebühren für alle Studierenden in Höhe von 500 Euro bis 1500 Euro.

Wir lehnen dieses Vorhaben ab, weil es

- * gegen Artikel 59 der hessischen Verfassung verstößt,
- * die soziale Selektion verschärft,
- * das Bildungswesen nach marktwirtschaftlichen Interessen umgestaltet.

Während die Bundes- und Landesregierungen gebetsmühlenartig die öffentliche Armut beklagen, stellen wir fest:

Die Unternehmen und Reichen erhielten bereits von der alten Bundesregierung Steuergeschenke, die ihr privates Einkommen in gigantische Höhen trieb und die Staatskassen leerte. Allein durch die Änderung bei der Körperschaftsteuer gehen seit 2001 jährlich 20 Milliarden EUR dem öffentlichen Haushalt verloren, die Vermögenssteuer wurde abgeschafft, damit fehlen jährlich weitere 10 Milliarden Euro, der Spitzensteuersatz wurde von 53% auf 42% gesenkt.

Auch die neu gewählte Stadtregierung in Frankfurt betreibt diese steuerliche Umverteilung von unten nach oben: durch Senkung der Gewerbesteuer entgehen dem Stadtsäckel jährlich 58 Millionen.

Privatisierung im Bildungsbereich und allen anderen Bereichen der sozialen Sicherungssysteme wie Gesundheitsversorgung, Renten, ... ist die Folge dieser neoliberalen Wirtschaftspolitik, die in den globalen Kontext mit GATS-Abkommen und Bolkestein-Richtlinien einzureihen ist.

Wir verlangen eine Politik des Umsteuerns:

- * die stärkere Besteuerung von Kapitaleinkünften und großen Vermögen,
- * die Schließung der Steueroasen,

* eine drastische Kürzung der Rüstungsausgaben.

Durch diese Maßnahmen können die finanziellen Voraussetzungen geschaffen werden für eine kostenfreie Bildung für Alle !

Wir wollen die berechtigten Proteste der Studierenden unseren Möglichkeiten entsprechend unterstützen.:

Heiner Becker (GEW-BV-FFM), Angelika Beier (DGB Bezirk Hessen-Thüringen), Roland Borst (GEW BV FFM), Ilka Briest (Frauensekretärin ver.di Hessen), Prof. Dr. Hans-Ulrich Deppe, Harald Freiling (HLZ-Redakteur, GEW), Susanne Hoeth (GEW BV FFM), Matthias Jochheim (Arzt, IPPNW), Dr. Achim Kessler (Stadtrat in Frankfurt), Rainer Koch (GEW BV FFM), Hardy Krampertz (ver.di BZ-Vorstand Frankfurt) Hans Kroha (stellv. Landesbezirksleiter ver.di Hessen), Ingrid Kruppe (Landesverband VaMV), Sylvia Kunze (Sprecherin Jusos Frankfurt), Jürgen Lamprecht (Vorsitzender NaturFreunde Hessen), Sabine Leidig (Bundesgeschäftsführerin von attac Deutschland), Thomas Markhof (ver.di, FB Wissenschaft, Bildung und Forschung), Julia Niersteimer (Sprecherin Jusos Frankfurt), Ulli Nissen (Vors. der SPD-Frauen Ffm und Hessen-Süd), Willi van Ooyen (Friedens- und Zukunftswerkstatt), Freya Pausewang (attac Wiesbaden), Katinka Poensegn (IG-Metall, Frankfurt), Prof. Rainer Roth (FH Frankfurt), Hermann Schaus (Geschäftsführer ver.di Bezirk Südhessen), Bernhard Schiederig (Landesbezirksfachbereichsleiter Handel - ver.di), Prof. Dr. Franz Segbers (Theologe, Universität Marburg), Dr. Hans Christoph Stoodt (Pfarrer, Stadtkirchenarbeit an St. Katharinen, Ffm), Dr. Peter Strutyński (Bundesausschuss Friedensratschlag), Horst Trapp (Initiative für einen Politikwechsel), Yonas Thiele (Sprecher Jusos Frankfurt), Margarete Wiemer (ver.di Vertrauensfrau, Städt. Kliniken Höchst),

Ich schließe mich dieser Erklärung an und bin mit der Veröffentlichung meines Namens einverstanden:

Name, Vorname	Organisation	Funktion

Senden an:

Frankfurter Bürgerbündnis gegen Privatisierung

V.i.S.P: Angelika Wahl, Varrentrappstraße 67, 60 486 Frankfurt, e-mail: rech-wahl@onlinehome.de